

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telefax: 8 86 846 ppbn d  
Telefax: 21 06 64

## Inhalt

Gerd Walter MdEP zur Notwendigkeit umfassender und durchgreifender Sanktionen gegen den Apartheidstaat: Südafrika unter Druck setzen.  
Seite 1

Ernst Haar MdB zu Zimmermanns Verbalakrobatik gegen das Wiener LKW-Nachfahrverbot: Täglich 60 Tonnen Ruß durch LKW's im Alpenbereich.  
Seite 4

Dieter Spöri MdL zum umweltpolitischen Versagen von Lothar Späth: Baden-Württemberg im Giftmüll-Notstand.  
Seite 5

Dietmar Zierer MdL zu den Konsequenzen aus dem Ende der WAA Wackersdorf: Acht Forderungen zur Wiedergutmachung und Schadensbeseitigung.  
Seite 6

44. Jahrgang / 107

8. Juni 1989

### Südafrika unter Druck setzen

Zur Notwendigkeit umfassender und durchgreifender Sanktionen gegen den Apartheidstaat

Von Gerd Walter MdEP  
SPD-Spitzenkandidat zu Europa-Wahlen

Die Situation der Menschenrechte in Südafrika hat sich auch in letzter Zeit nicht zum Besseren entwickelt. Das haben unsere südafrikanischen Freunde erneut bestätigt. Zwar kündigt die südafrikanische Regierung wieder einmal Maßnahmen zur Überwindung der Apartheid an. Gleichzeitig aber wurden erst am letzten Wochenende 14 Angeklagte der „26 von Uppington“ zum Tode verurteilt, obwohl keinem einzigen dieser 14 Menschen eine Tatbeteiligung nachgewiesen werden konnte. Das ist Willkürjustiz. Das ist Staatsterror. Das können und das werden wir nicht hinnehmen.

Deshalb muß es auch heute wieder darum gehen, gemeinsam zu überlegen, wie wir den Kampf unserer Freunde in Südafrika gegen das terroristische Apartheid-System unterstützen können. Wie wir dazu beitragen können, daß auch in Südafrika die Menschenrechte geachtet werden. Was wir tun können, damit die Mehrheit der Menschen in Südafrika endlich ihr Recht bekommt.

Für die Sozialistische Fraktion des Europäischen Parlaments steht die Bekämpfung des Apartheidregimes seit der ersten Direktwahl des Parlaments, 1979, ganz oben auf der Tagesordnung der politischen Arbeit. So hat sich die Fraktion zum Beispiel 1984 an der Organisation der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Arusha beteiligt, an der die Staatschefs der Frontstaaten sowie die Führer von ANC und SWAPO teilnahmen. Schon in Arusha haben Sprecher unserer Fraktion Sanktionen gegen Südafrika gefordert:

- Einstellung von Investitionen und staatlich garantierten Exportdarlehen;
- Verringerung der Handelskontakte;
- Beteiligung an Waffenembargo;
- Einstellung jeder militärischen und atomaren Zusammenarbeit;
- Aufkündigung sportlicher und kultureller Beziehungen.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verbinden Sie Ihren  
Druck mit umweltfreundlichen  
Recycling-Papier



Auf Initiative der Sozialistischen Fraktion beschloß dann der EG-Ministerrat 1985 ein Programm zur Unterstützung der Opfer der Apartheid. Wir haben dafür gesorgt, daß für dieses Programm mehr Geld zur Verfügung gestellt wurde. Mit diesen Mitteln werden Selbsthilfeorganisationen in den townships unterstützt, Schulung von Gewerkschaftssekretären und Sozialarbeitern gefördert und Rechtsbeistand für Verhaftete und deren Familien geleistet. Bis jetzt hat die EG für dieses Programm mehr als 100 Millionen DM zur Verfügung gestellt.

Wir haben uns auch um gezielte Unterstützung der Front-Staaten bemüht. Im vergangenen Jahr ist es uns gelungen, im EG-Haushalt einen eigenen Mittelansatz durchzusetzen. Damit stehen uns jetzt zusätzlich zu den Mitteln des EG-Entwicklungsfonds mehr als zehn Millionen DM im Jahr zur Verfügung, mit denen wir schnelle Hilfe für Opfer staatlicher Terrorakte leisten können.

Nicht zuletzt aufgrund der ständigen Bemühungen der Sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament hat die EG 1985 und 1986 eine Reihe von Sanktionen gegen Südafrika beschlossen. Davon ist allerdings nur das Einfuhrverbot von Goldmünzen, Kohle und Stahl EG-einheitlich geregelt. Der Vollzug des Waffen- und Ölembargos sowie das Verbot der Neuinvestitionen blieb den nationalen Regierungen überlassen. Es wurde von ihnen höchst unterschiedlich, teilweise, zum Beispiel von der Bundesregierung, überhaupt nicht umgesetzt. Das im Rahmen der EPZ zu beschließende Kohle-Embargo wird seit 1986 von der Bundesregierung und Großbritannien verhindert. Dabei kommt der Bundesregierung eine Schlüsselrolle zu. Wenn diese Bundesregierung ihren Worten auch einmal Taten folgen ließe und dem von der Mehrheit der EPZ-Staaten beschlossenen Kohle-Embargo zustimmen würde, dann könnte Großbritannien seine ablehnende Haltung nicht länger aufrechterhalten. Dann käme die erforderliche Einstimmigkeit endlich zustande.

Das Europäische Parlament hat die Regierungen der EG-Mitgliedstaaten immer wieder aufgefordert, endlich durchgreifende Maßnahmen gegen das Apartheid-Regime zu beschließen. So haben wir zuletzt im Juli letzten Jahres mit großer Mehrheit gefordert:

- Einfuhrverbot für Kohle, Agrarerzeugnisse und Bodenschätzen,
- Verbot neuer Darlehen und IWF-Kredite,
- Einstellung des Flugverkehrs,
- Verringerung der diplomatischen Beziehungen zwischen den EG-Staaten und Südafrika.

Die EG-Außenminister haben, als sie 1985 und 1986 die Sanktionen gegen Südafrika beschlossen haben, angekündigt, sie wollten diese Beschlüsse nach ihrer Umsetzung überprüfen, um gegebenenfalls zusätzliche Maßnahmen in die Wege zu leiten.

Erst kürzlich hat die Südafrikanische Regierung ein Gesetz beschlossen, das es ermöglicht, ausländische Unterstützung für Anti-Apartheid-Organisationen zu kontrollieren, gegebenenfalls zu beschneiden. Damit können alle unsere Bemühungen um Hilfe für die Opfer der Apartheid zunichte gemacht werden.

Das darf die Europäische Gemeinschaft sich nicht bieten lassen. Sanktionen gegen Südafrika können wirken, wenn sie koordiniert und entschlossen durchgeführt werden. Die EG hat eine Schlüsselrolle bei der Durchsetzung einer langfristig wirksamen Südafrika-Politik. Mit dem Lome-Abkommen, mit ihrer Außenhandelskompetenz und mit der EPZ verfügt sie über geeignete Instrumente, um eine solche Politik auch durchzusetzen. Deshalb erneuere ich in aller Deutlichkeit unsere Forderung an die Außenminister der EG-Mitgliedstaaten und ganz konkret an unseren Bundesaußenminister: Verwirklichen Sie endlich Ihre Ankündigung und überprüfen Sie die bisherigen Sanktionsbeschlüsse. Verwirklichen Sie die Forderung des Europäischen Parlaments nach weiteren Sanktionen!

Die bisherige Südafrika-Politik dieser Bundesregierung zielte allerdings genau in die entgegengesetzte Richtung. Obwohl die Bundesregierung 1985/86 im EG-Ministerrat Sanktionen gegen Südafrika

zugestimmt hat, haben sich seitdem die wirtschaftlichen Beziehungen weiter intensiviert. Die Bundesrepublik ist der wichtigste Handelspartner Südafrikas in der EG. Mehr als ein Fünftel aller südafrikanischen Einfuhren kommen aus der Bundesrepublik. Die Bundesrepublik ist einer der Hauptlieferanten von Rüstungsgütern an das Apartheid-Regime. Deutsche Banken zählen zu den Hauptgeldbeschaffern Südafrikas. Es ist noch nicht lange her, daß die Südafrikanische Regierung ihre erfolgreichen Umschuldungsaktionen mit deutschen Banken als einen Vertrauensbeweis in ihre Politik herausgestellt hat.

Deutsche und andere europäische Firmen füllen die Lücken, die durch den Rückzug amerikanischer Firmen nach dem US-Anti-Apartheid-Act 1986 entstanden sind. Das bedeutet: Die Politik dieser Bundesregierung stabilisiert das südafrikanische Terror-Regime wirtschaftlich und sie liefert der Südafrikanischen Regierung Argumente zur Rechtfertigung ihrer Politik. Das größte Hindernis für eine aktive Anti-Apartheid-Politik der Europäischen Gemeinschaft ist leider die Bundesregierung in Bonn. Sie stellt einen schwarzen Fleck dar auf der ansonsten weißen Weste des deutschen Außenministers. Er sollte endlich das in die Tat umsetzen, was er bisher immer nur angekündigt hat.

Dies müssen wir immer wieder deutlich machen. Und wir werden auch nicht aufhören, dieser Bundesregierung eine andere Südafrika-Politik abzuverlangen.

Das betrifft schließlich auch den Verhaltenskodex für EG-Unternehmen in Südafrika. Eine Anhörung der Sozialistischen Fraktion 1986 zeigte deutlich, daß dieser Kodex kein brauchbares Instrument zur Sicherung von Arbeitnehmerinteressen darstellt. Er betrifft nur rund zwei Prozent der schwarzen Arbeitskräfte und er wird ununterbrochen verletzt. Deshalb unterstützen wir mit allem Nachdruck die Bemühungen der IG Metall, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in deutschen Unternehmen in Südafrika dieselben Rechte zu sichern, wie sie auch für Beschäftigte in der Bundesrepublik gelten. Wir fordern alle deutschen Unternehmen mit Betrieben in Südafrika auf, die Vorschläge der IG Metall zu verwirklichen. Und wir setzen uns im Europäischen Parlament dafür ein, daß der EG-Verhaltenskodex entsprechend geändert wird.

Dabei ist für uns allerdings eines klar: Auch ein geänderter und wirksamerer EG-Verhaltenskodex kann Sanktionen gegen das Apartheid-Regime nicht überflüssig machen, so wie es einige Industrievertreter behaupten. Unsere Forderung bleibt: Die EG muß jetzt endlich umfassende und durchgreifende Sanktionen gegen Südafrika beschließen. Sonst bekommen alle unsere Bekenntnisse zu den Menschenrechten einen unseriösen Unterton.

(-/8.6.1989/vo-he/rs)

Täglich 60 Tonnen Ruß durch LKW's im Alpenbereich

Zu Zimmermanns Verbalakrobatik gegen das Wiener LKW-Nachfahrverbot

Von Ernst Haar MdB

Mitglied des Verkehrsausschusses des Deutschen Bundestages

Unsere Nachbarländer Schweiz und Österreich ersticken im Stau und in Abgasen des motorisierten Verkehrs, wie er rund um die Uhr lawinenartig über die Nord-Süd-Transitrouten rollt. Allein 6.000 Lastkraftwagen pusten täglich 60 Tonnen Ruß in die Alpenluft. Ich habe daher Verständnis für den Beschluß der Wiener Regierung, mit einem LKW-Nachfahrverbot auf die Notbremse zu treten.

Bundesminister Zimmermanns machtpolitisch angelegte Verbalakrobatik ist ein völliger Fehlgriff, der offenbar auch im EG-Kreis bisher keine positive Resonanz findet. Angesichts drohender Umweltkatastrophen, deren Warnzeichen sich gerade in den Ballungsräumen Europas eklatant bemerkbar machen, ist es höchste Zeit, überfällige verkehrspolitische Entscheidungen pro Bahn nicht weiter zu verschleppen. Das LKW-Nachfahrverbot in Österreich sollte auch eine Art SOS-Signal für die Bundesregierung sein, die notwendige Umkehr in der Verkehrspolitik beschleunigt anzupacken, damit endlich umwelt- und gesamtwirtschaftliche Vernunft zum Tragen kommt.

Die Eisenbahnen Europas stehen vor der Aufgabe, mit Unterstützung der nationalen Regierungen ihren Beitrag zur europaweiten ökologischen Modernisierung zu leisten. Wie die Volksabstimmung in der Schweiz exemplarisch zeigt, hat sich die Einsicht, aus Sünden vergangener Jahrzehnte Lehren zu ziehen und auf die Stärkung der Schiene in Europa zu setzen, in der vollmotorisierten Gesellschaft als mehrheitsfähig erwiesen. Immer mehr Menschen wird bewußt, daß wir uns diesen ruinösen, gegen uns selbst und unsere Umwelt gerichteten Prozeß und die damit einhergehenden Handlungsdefizite nicht länger leisten können.

Überall, wo mehr in den schienengebundenen Verkehr investiert wurde, kann die Bahn auch Erfolge verbuchen. Die Schnellbahnverbindungen in Frankreich und der BRD sind hierfür ebenso Beispiele wie das Schweizer Konzept „Bahn und Bus 2000“.

Zu fordern ist ein leistungsfähiges europäisches Netz schneller Züge für den Personen- und Güterverkehr. Die Zusammenarbeit der Bahnverwaltungen kann noch erheblich verbessert werden. Im Rahmen von Modernisierungsmaßnahmen können Container- und Huckepacktransporte die Straße in hohem Maße entlasten. Die Planungen für ein Hochgeschwindigkeitsnetz sind ein Hebel, um die Haushaltsansätze für Verkehrsinvestitionen künftig zugunsten der Bahn umzugewichten. Noch in diesem Jahr können Entscheidungen für die Schnellbahnstrecke Paris-Saarbrücken-Mannheim fallen. Mannheim gilt im Personen- und Güterverkehr als wichtiger Eisenbahnknotenpunkt mit Verteilungsfunktion, dem wachsende Bedeutung zukommt.

Eine zukunftsgerechte Verkehrspolitik bedeutet menschen- und umweltgerechte Lebensräume neu zu gestalten. Dies ist ohne ein Gesamtverkehrskonzept, in dem die Schiene als umweltfreundlichstes Verkehrsmittel Priorität erhält sowie die Kosten entsprechend dem Verursacherprinzip den jeweiligen Verkehrsträgern zugerechnet werden, undenkbar. Nur so können die immensen sozialen und finanziellen Folgekosten des Straßenverkehrs in Milliardenhöhe - Schätzungen beziffern allein für Umweltschäden 60 Milliarden DM im Jahr - abgebaut werden und in sinnvolle Zukunftsprojekte fließen.

(-/8.6.1989/va-he/rs)

\* \* \*

### Baden-Württemberg im Giftmüll-Notstand

Zum umweltpolitischen Versagen von Lothar Späth

Von Dieter Spöri MdL

Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion Baden-Württemberg

Ministerpräsident Späth ist vorzuwerfen, Baden-Württemberg in einen Giftmüll-Notstand hineinmanövriert zu haben.

Dieses umweltpolitische Versagen der Regierung Späth gefährdet inzwischen massiv die Standort-Attraktivität Baden-Württembergs als europäische Wirtschaftsregion im europäischen Binnenmarkt.

Ministerpräsident Späth hat sich in seiner elfjährigen Amtszeit nie ernsthaft um die industrielle Entsorgung der baden-württembergischen Wirtschaft gekümmert. Dieses umweltpolitische Versagen hat zu einem Giftmüll-Notstand geführt, der die Standortchancen Baden-Württembergs als Wirtschaftsregion auf dem europäischen Binnenmarkt massiv gefährdet. Späth, der sich ansonsten zu allem äußert, taucht in dieser Frage ab und ist völlig verstummt, wenn es darum geht, der baden-württembergischen Wirtschaft für die 90er Jahre eine Perspektive für die Müllentsorgung zu bieten.

Der zuständige Fachminister kann den einheimischen Firmen noch nicht einmal eine Konzeption für die Zwischenlagerung von Giftmüll anbieten. Die Standort-Entscheidung der Wirtschaft, also die Frage, wo neue Produktionen aufgenommen und bisherige fortgesetzt werden, werden nach empirischen Untersuchungen immer stärker von einer intakten Infrastruktur zur industriellen Entsorgung abhängig gemacht. Deshalb hat das umweltpolitische Versagen der Regierung Späth wesentlich dazu beigetragen, daß Baden-Württemberg von einem Spitzenplatz hinter andere Länder auf den dritten Platz zurückgefallen ist.

Der umweltpolitische Standortfaktor einer intakten Müllentsorgung ist heute für viele betroffene Firmen schon wichtiger als das regionale Lohnkostenniveau oder die Unterschiede im Steuersystem. Die baden-württembergischen Firmen sind zum immer problematischen Giftmüllexport gezwungen.

Es ist ein politisches Armutszeugnis für die CDU-Landesregierung, wenn wegen des öffentlichen Versagens der Regierung auf diesem zentralen umweltpolitischen Gebiet jetzt die Fraktionen des Landtages eine Konzeption zur Zwischenlagerung und Entsorgung von Giftmüll erarbeiten müssen, weil der Ministerpräsident in solchen zentralen Fragen nicht mehr landespolitisch präsent ist.

(-/8.6.1989/vs-he/rs)

\* \* \*

Acht Forderungen zur Wiedergutmachung und Schadensbeseitigung

Zu den Konsequenzen aus dem Ende der WAA Wackersdorf

Von Dietmar Zierer MdL  
Stellvertretender Landrat von Schwandorf

Wiedergutmachung und Schadensbeseitigung beziehungsweise -minimierung fordert die SPD-Landtagsfraktion in acht Fällen, nachdem das Ende der Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf beschlossen ist. Ich habe dazu einen Antrag erarbeitet, mit dem die schweren Bürden der WAA gemildert werden sollen, sozusagen als „Folgesache ‚Ende der WAA Wackersdorf‘“.

In diesem SPD-Antrag wird die Staatsregierung aufgefordert, nach dem nunmehr absehbaren Ende der WAA Wackersdorf zu veranlassen, daß

1. eine Amnestie ergeht für alle Ordnungswidrigkeiten und Straftaten im Zusammenhang mit dem Protest gegen die Wiederaufarbeitungsanlage Wackersdorf, soweit nicht eine höhere Sanktion als Geldbuße, Geldstrafe, Jugendstrafe oder Freiheitsstrafe bis zu einem Jahr verhängt worden oder zu erwarten ist;
2. das WAA-Gelände an den Freistaat Bayern zurückübereignet wird (eine entsprechende Klausel, die zumindest die Möglichkeit ausdrücklich vorsieht, soll im Kaufvertrag zwischen Staatsregierung und DWK enthalten sein);
3. die für die WAA gewährten Subventionen von bayerischer Seite zurückgefordert werden;
4. die Antragsteller und Betreiber der WAA auf Rückforderung der bereits an die WAA-Umland-Gemeinden ausgereichten Darlehen verzichten;
5. die für die Fehlinvestitionen beim Bau der WAA verantwortlichen Vertreter bei den Bayernwerken (hier ist der Freistaat 60-prozentiger Anteilseigner) abgelöst werden;
6. den Bürgerinitiativen und Protestgruppen sowie dem verbandlichen Umweltschutz, der gegen die WAA aktiv war und ist, nachgewiesene Aufwendungen ersetzt werden;
7. geprüft wird, wie die Verantwortlichen der Energieversorgungsunternehmen dem Stromkunden gegenüber haftbar gemacht werden können;
8. die Arbeitsgruppe „Mittlere Oberpfalz“ beim bayerischen Wirtschaftsministerium wieder eingesetzt wird - mit dem Auftrag, alles zu unternehmen, um eine sinnvolle, umweltgerechte Verwendung des Industriegeländes „Taxöldener Forst“ im Nicht-Atom-Bereich zu erreichen.

Parallel dazu werden die Sozialdemokraten die Rücknahme beziehungsweise den Verzicht auf alle „WAA-Gesetze“ einfordern, die in den Bereichen Rechtsstaat und Demokratie zu einem kaum wiedergutmachbaren Flurschaden geführt haben. Dazu zählen wir das Vermummungsverbot, die Wiedereinführung des Straftatbestandes Landfriedensbruch und die Verwässerung des Atomgesetzes sowie der Strahlenschutzverordnung, um die WAA rechtlich überhaupt durchsetzbar zu machen, ebenso wie die „bayerischen Spezialitäten“ der CSU-Staatsregierung wie den 14-tägigen Unterbindungsgewahrsam, die „lex Schuierer“ (Selbsteintrittsrecht der Staatsregierung), die Änderung des Verwaltungsverfahrensgesetzes (Verkürzung der Bürgermitwirkungsmöglichkeiten bei Großprojekten) sowie den „Maulkorbberlaß“ für Richter, Lehrer und andere Beamte (Gebot der „politischen Mäßigung“ auch außerhalb des Dienstes).

(-/8.6.1989/vo-he/rs)

\* \* \*